

JU Landesverband Braunschweig
 Gieselerwall 2
 38100 Braunschweig
<http://www.ju-lv-bs.de>

info@ju-sicherheitsforum.de
<http://www.ju-sicherheitsforum.de>

Nr. 2/2008

Rüstungspolitik, wehrtechnische Industrie und transatlantische Sicherheitsbeziehungen nach dem Ende des „Kalten Krieges“

Rezension von Dr. Andreas Schwegel

Die vorliegende Studie aus der Feder von Christoph Grams beleuchtet den Wandel der transatlantischen Beziehungen nach 1989 auf dem Gebiet der deutsch-amerikanischen Rüstungskooperation. Damit steht eine der sensibelsten Materien staatlicher Sicherheit im Blickfeld. Denn die wehrtechnische Industrie zählt gemeinhin zu den strategischen Schlüsselbranchen:

- Sie ist ein integraler Faktor für die Verteidigungsfähigkeit des Staates – insbesondere mit Blick auf die Ausstattung der Streitkräfte und die Analyse der wehrtechnologischen Fähigkeiten potenzieller Gegner.
- Sie eröffnet in außen- und sicherheitspolitischer Hinsicht Einflussmöglichkeiten auf Ziele und Ausgestaltung von militärischen Strukturen in Bündnissen und sicherheitspolitischen Partnerschaften.
- Der Staat fördert gezielt Hochtechnologien durch die Auftragsvergabe an wehrtechnische Unternehmen und stärkt damit die volkswirtschaftliche Innovationsfähigkeit insgesamt.

Mithin liegt die deutsch-amerikanische Rüstungskooperation an einer Schnittstelle, an der sich verteidigungs-, sicherheits-, technologie- und industriepolitische Aspekte der transatlanti-

schen Beziehungen kreuzen. Im einführenden Teil erläutert der Autor die theoretischen Ansätze und Schlüsselbegriffe der Arbeit; insbesondere präzisiert er, was den Kern von Rüstungskooperation ausmacht (Kap. 3). Demnach kann sie

„auf der staatlichen Ebene als eine Form internationaler Transaktion mit dem Ziel der kosteneffizienten Beschaffung technologisch hochstehender Waffensysteme bei gleichzeitiger Erhaltung nationaler Kapazitäten gewertet werden, bei der die beteiligten Regierungen einen geschützten Markt für ein oder mehrere Rüstungsgüter schaffen. Ziel ist die Stärkung von Kampfkraft und Interoperabilität der jeweiligen Streitkräfte.“¹

Vor diesem Hintergrund untersucht der Verfasser im II. und III. Teil der Arbeit, wie sich die Bedingungsfaktoren und Strukturen der transatlantischen Rüstungskooperation zwischen 1990-2005 gewandelt haben und was dieser Wandel über die allgemeinen transatlantischen Sicherheitsbeziehungen aussagt.

Rüstungspolitik während des „Kalten Krieges“

Es macht Sinn, dass zunächst die sicherheits- und industriepolitischen Rahmenbedingungen des wehrtechnischen Sektors in den USA und Westdeutschland zwischen 1945 und 1989 abgesteckt werden (Kap. 4). Grams stellt ausführlich dar, wie sich vor allem seit den 1970er Jahren die US-Rüstungspolitik immer stärker von einem (neo)merkantilen Ansatz leiten ließ, der den mi-

¹ Grams, Rüstungskooperation, S. 72.

litärischen Suprematieanspruch der nordamerikanischen Führungsmacht klar reflektiert. Demnach war eine strategisch konzipierte und aktiv betriebene Industriepolitik wesentliche Voraussetzung für die technologische Exzellenz eines international möglichst autarken wehrtechnischen Sektors. Das übergeordnete Ziel bestand in der qualitativen Überlegenheit der US-Streitkräfte als Garant sicherheitspolitischer Handlungsfähigkeit. Entsprechend wurde ein dichtes Geflecht protektionistischer Vorkehrungen und staatlicher Förderinstrumente installiert, um einerseits den ausländischen Einfluss bei Firmenaufkäufen oder -beteiligungen auf dem US-Markt gering zu halten und andererseits eine überlegene Innovationsfähigkeit einheimischer Unternehmen durch gezielte Technologieförderung sicherzustellen.

Ungleich anders fiel die Entwicklung in Westdeutschland aus. An eine eigenständige, zur Produktion anspruchsvoller Waffensysteme fähige Wehrindustrie war während der 1950er Jahre trotz Wiederbewaffnung und NATO-Beitritt nicht zu denken. Zu groß waren noch die politischen Vorbehalte der westlichen Siegermächte, die ja gerade eine weit reichende „Deindustrialisierung“ Deutschlands im Rüstungssektor durchgesetzt hatten. Bei technologisch komplexen Waffensystemen war man zunächst gänzlich von Ausrüstern aus dem Ausland abhängig. Die noch junge Bundeswehr bezog ihre Ausstattung mit Kampfflugzeugen, Panzern und Marineeinheiten weitgehend aus den USA, in geringerem Umfang auch aus Großbritannien. Es war vor allem Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß, der eine effiziente Hochtechnologieförderung über Auftragsvergabe in Gang setzte. So erhielt die bis dahin überschaubare westdeutsche Wehrindustrie zwischen 1961 bis 1972/73 einen enormen Entwicklungsschub, unter anderem über die Lizenzproduktion komplexer Systeme wie das Kampfflugzeug Starfighter F-104 G, aber auch erste Eigenproduktionen wie den Kampfpanzer Leopard-I. In der Hochphase von 1972/73 bis 1982 stellte die Bundesrepublik in bestimmten Rüstungssparten ihre technologische Leistungs-

fähigkeit eindrucksvoll unter Beweis. Markante Beispiele sind bei den Landsystemen der in zahlreiche NATO-Staaten exportierte Kampfpanzer Leopard-II und die Beteiligung der deutschen Luftfahrtindustrie am Mehrzweckkampfflugzeug Tornado (zusammen mit Großbritannien und Italien).

Dabei zielte die (west)deutsche Politik bis 1989 aber niemals auf eine nationale Autarkie, wie Grams herausstellt, sondern betonte aus politischen und ökonomischen Gründen die Kooperationsbereitschaft mit anderen Nationen. „Insofern entwickelte sich in der Bundesrepublik eine strukturelle Ambivalenz aus Förderung der heimischen Industrie und einem bewussten Eingehen von Abhängigkeiten“.² Entsprechend konnte sich eine tragfähige Grundlage für eine deutsch-amerikanische Rüstungskooperation entwickeln, von der die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen erheblich profitierten. Der Verfasser untermauert anhand zahlreicher Projekte³, dass beide Seiten eine intensive rüstungstechnologische Zusammenarbeit verfolgten, „die auf die Stärkung der Interoperabilität im Bündnis abzielte und im Verlauf der 1980er einen vorerst letzten Höhepunkt erreichte“.⁴

Wandel von Bedrohungen und Herausforderungen nach 1990

Ausführlich schildert der Verfasser den Wandel der sicherheitspolitischen Bedrohungslage und ihre Auswirkungen auf die militärischen Rahmenbedingungen der westlichen Staaten in NATO und EU nach dem Zerfall der bipolaren Ordnung 1989/90 (Kap. 5, 6). Die komplexe Gemengelage „neuer“ Gefahren – insbesondere global operierende terroristische Netzwerke, Proliferation von Massenvernichtungswaffen, Fragmentierung staatlicher Ordnungsmacht, Regionalkonflikte an der Peripherie des euro-atlantischen Raums sowie drohende Ressourcenkonflikte – stellt erheblich gestiegene Anforderungen an die staatliche Sicherheitsfürsorge. Ent-

² Grams, Rüstungskooperation, S. 106.

³ Beispielsweise in den 1970er/80er Jahren das Lenkflugkörper-Abwehrsystem für Marineschiffe RAM; die Flugabwehr-Raketensysteme Patriot und Roland.

⁴ Grams, Rüstungskooperation, S. 281.

sprechend muss Streitkräfteplanung ein breites Spektrum von Krisenszenarien abdecken. Nicht zuletzt „stellen für die westlichen Streitkräfte Stabilisierungsoperationen zur Stützung fragiler Strukturen in angrenzenden Regionen eine reale und zukünftig wachsende Aufgabenstellung dar“.⁵ Damit geht ein dynamischer Veränderungsprozess militärischer Strukturen einher, an den sich zwangsläufig der wehrtechnische Sektor anpassen muss: „Moderne Streitkräfte sind im Grundsatz kleiner, flexibler, technologischer geprägt und multinationaler als vor 1990. Bei der künftigen Entwicklung dieser Fähigkeiten und Konzepte wird die Geschwindigkeit der technologischen Innovation ein entscheidender Antrieb sein“.⁶

Wandel der Rahmenbedingungen für die wehrtechnische Industrie

Mit dem „Neuen Strategischen Konzept der NATO“ (1999) und der Europäischen Sicherheitsstrategie (2003) haben das atlantische Bündnis wie die EU umfassende Bedrohungsanalysen für den euro-atlantischen Raum vorgenommen und Impulse für eine Neuausrichtung der westlichen Sicherheitsstrukturen geliefert. Dynamisiert wurde dieser Prozess durch das Eingreifen der NATO im Kosovo-Konflikt 1999 und die Beteiligung europäischer Interventionskräfte am US-geführten „Anti-Terror-Krieg“ in Afghanistan 2001/2002. In beiden Kriseneinsätzen mussten die europäischen NATO-Verbündeten die bittere Erfahrung machen, dass sie für den stärksten Partner USA keine relevante operative Rolle spielten. Der Verfasser stellt kritisch heraus, dass die Bündelung militärischer Ressourcen und Optimierung der Streitkräftestrukturen den europäischen Staaten erhebliche Probleme bereitet. Diese gehen zwar im NATO-Rahmen („NATO Response Force“) wie im EU-Rahmen („Battle Groups“) immer neue Verpflichtungen ein, sind aber bis jetzt nicht in der Lage, drängende militärische Fähigkeitsdefizite zu beheben (insbesondere strategischer Transport, Aufklärung, Führungsfähigkeit). Ausführlich analy-

siert Grams anhand der Verteidigungsausgaben seit 1990, dass bis auf Frankreich und Großbritannien die Europäer nicht die Mittel bereit stellen können/wollen, um ihrem eigenen sicherheitspolitischen Anspruch gerecht zu werden. Hingegen haben die US-Amerikaner schon während der 1990er Jahre nachhaltig in die Modernisierung ihrer Streitkräfte investiert und die Fähigkeit globaler Machtprojektion konsequent ausgebaut.

Der Befund der Studie bestätigt noch einmal nachdrücklich das, wovon westliche Militärs und Verteidigungspolitiker seit Jahren eindringlich warnen: Innerhalb des atlantischen Bündnisses verschärft sich eine Zweiteilung zwischen technologisch hochstehenden US-Streitkräften einerseits und untertechnisierten europäischen Streitkräften andererseits („*technology gap*“). Darunter leidet insbesondere die Fähigkeit zur Interoperabilität der verschiedenen NATO-Armeen („*capability gap*“). Das trifft nicht zuletzt auf Deutschland zu, immerhin die stärkste Wirtschaftsnation der EU. Zwar hat Deutschland durch die Teilnahme der Bundeswehr an zahlreichen Auslandsmissionen den Wandel von einer klassischen Verteidigungsarmee zu einer Einsatzarmee forciert und mit dem Bundeswehrplan 2005 die Transformation seiner Streitkräfte festgeschrieben. Aber ihre seit den 90er Jahren währende Unterfinanzierung ist mittlerweile chronisch und behindert eine durchgreifende Modernisierung bis heute.⁷

⁷ Die Auseinanderentwicklung illustriert ein Vergleich der US-Verteidigungsausgaben mit den Ausgaben von 25 EU-Staaten zwischen 2002 und 2004: 2002 - \$ 362 Mrd. USA / \$ 160 Mrd. EU-25; 2003 - \$ 374 Mrd. USA / \$ 154 Mrd. EU-25; 2004 - 490 Mrd. USA / 153 Mrd. EU-25. (Die drastische Erhöhung der US-Ausgaben von 2003 auf 2004 geht auf das verstärkte Engagement im Irak zurück). Hinzu kommt, dass die USA im Schnitt deutlich weniger für Personal ausgeben, dafür umso mehr in militärische Beschaffungen, Forschung und Entwicklung (FuE) investieren. So wandten die USA 2004 34,4% ihres Verteidigungsetats für Personalkosten auf, während die entsprechenden Daten für Deutschland (D) 59,3%, Frankreich (F) 57,4% und Großbritannien (GB) 39,8% lauteten. Für militärische Beschaffungen 2004 gaben die USA 24,6%, GB 22,8%, F 20,9% und D 14,8% aus. In die gleichfalls zum Investitionsbereich gehörenden FuE investierten die USA 2001 ca. 13,8% (\$ 39,3 Mrd.), was die deutschen Ausgaben von \$ 1,3 Mrd. (6,4% des Haushalts) verschwindend gering aussehen ließ. In GB (12,2% / \$ 3,9 Mrd.) und F (13,0% / \$ 3,2 Mrd.) wurde 2001 die große Bedeutung von FuE auch im Haushalt widerspiegelt. Siehe Grams, Rüstungskooperation, S. 172-174.

⁵ Grams, Rüstungskooperation, S. 134.

⁶ Grams, Rüstungskooperation, S. 159.

Restrukturierungsstrategien und Kooperationshindernisse (1990-2005)

Diese Entwicklung schlägt sich auch in den unterschiedlichen Restrukturierungsstrategien des wehrtechnischen Sektors nach dem Ende des „Kalten Krieges“ nieder, die der Verfasser eingehend analysiert (Kap. 7-8). Demnach haben die USA zwischen 1990 und 2005 in einem beispiellosen Konzentrationsprozess ihre wehrtechnische Industrie konsolidiert und ihre internationale Technologieführerschaft und Dominanz in den globalen Märkten ausgebaut. Dieser Prozess wurde und wird durch eine aktive, an nationalen Sicherheitsbedürfnissen ausgerichtete Industriepolitik flankiert, die über verschiedene Steuerungsinstrumente verfügt, um eine weitgehende Autarkie des wehrtechnischen Sektors und technologisch überlegene Streitkräfte sicherzustellen.

Dagegen erfolgte in Deutschland die Konsolidierung der wehrtechnischen Industrie nur unter erheblichen Mühen. Grams macht zwei Phasen aus:

Die erste Phase (1990-99) war gekennzeichnet durch einen radikalen Schrumpfungsprozess ohne politisches Konzept. Von den ehemals 280.000 Beschäftigten der westdeutschen Wehrindustrie im Jahr 1989 sind im Jahr 2000 gerade einmal zwischen 60.000 und 80.000 übrig geblieben. Insbesondere Exzellenzbereiche wie die panzerbauende Industrie traf es sehr hart; allein dieser Sektor musste zwischen 1989 und 1999 einen Arbeitsplätzeabbau von 44.000 auf 7000 verkraften. Während europäische Mittelmächte wie Frankreich und Großbritannien die Konsolidierung ihrer Industrien durch Restrukturierungshilfen, eine offensive Exportpolitik und weiterhin hohe Verteidigungsinvestitionen aktiv förderten, verzichtete Deutschland auf ein wirksames industriepolitisches Instrumentarium. Insgesamt hat die deutsche wehrtechnische Industrie, wie der Autor klar herausarbeitet, zwischen 1990 und 1999 zwar effizientere Strukturen erhalten, jedoch im europäischen Vergleich an Gewicht und Gestaltungsmöglichkeiten ein-

gebüßt. Lediglich der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie gelang 1999 mit der Gründung des transnationalen Unternehmens EADS⁸ die Konsolidierung auf europäischer Ebene.

Gegen Ende des Jahrzehnts setzte dann ein allmähliches Umdenken in Deutschland ein. In der zweiten Phase zwischen 2000 und 2005 sind zumindest Ansätze einer industriepolitischen Strategie erkennbar. Insbesondere hat sich die Bundesregierung mit der Novellierung des § 7 Außenwirtschaftsgesetz (AWG) ein Instrument verschafft, um sensible Industriesektoren vor unliebsamer Einflussnahme durch ausländische Konzerne besser schützen zu können. So hat die deutsche Regierung Ende 2005 den Kauf des Unterwasserelektronikspezialisten ATLAS durch ein deutsch-geführtes Konsortium mittels § 7 AWG gezielt beeinflusst. Der Verfasser erblickt darin zu Recht einen „Gesinnungswandel in der deutschen Politik gegenüber einer aktiveren Industriepolitik im wehrtechnischen Sektor“.⁹ Beachtlich ist auch, dass mit Rückendeckung aus Berlin im Jahr 2005 die Entstehung eines nationalen Werftenverbundes erfolgte (Thyssen Krupp Marine Systems – TKMS), der die Marine-systemindustrie in Deutschland nachhaltig gestärkt hat. So verfügt diese mittlerweile über 70% Weltmarktanteil im konventionellen U-Boot-Bau und konnte ihre technologische Exzellenz in bestimmten Sparten ausbauen. Während die deutsche, im Rahmen von EADS weitgehend „europäisierte“ Luft- und Raumfahrtindustrie über eine vergleichsweise starke Position verfügt, weist Grams nachdrücklich auf die fragile Situation der heimischen Panzerindustrie hin: Die Zahl der direkt Beschäftigten ist zwischen 2005 und 2007 von 7000 auf 5000 weiter geschrumpft. Es gibt keinen global aufgestellten nationalen Landsystemhersteller, wie er etwa in Großbritannien existiert (BAE-Systems). Hier droht trotz technologischer Spitzenleistungen eine Juniorrolle bei internationalen Kooperationsvorhaben, wenn die deutsche Politik ihre Konsolidierungsanstrengungen nicht verstärkt.

⁸ EADS=European Aeronautic Defence and Space Company.

⁹ Grams, Rüstungskoooperation, S. 223.

Eben dies ist für Grams immer noch der neuralgische Punkt im Unterschied zu den Mittelmächten Frankreich und Großbritannien, die durch langfristige Planungssicherheit im nationalen Rahmen, hohe Beschaffungsinvestitionen und Ausbau des FuE-Anteils sowie staatlich flankierten Rüstungsexport ihre wehrtechnischen Unternehmen aktiv stützen und als „europäische Kompetenzzentren“ aufstellen. Vor allem Frankreich setzt nach wie vor auf eine Politik des „Militär-Merkantilismus“: „Dabei verhält man sich dort europäisch, wo dies den nationalen Interessen entspricht und dort national, wo es um die Aufteilung europäischer Märkte und die Aufgabe eigener Besitzstände geht“.¹⁰ Somit besteht laut dem Verfasser die Gefahr, dass es deutschen wehrtechnischen Unternehmen nicht gelingen wird, die notwendige kritische Größe zu erreichen, um in verschiedenen Branchen (beispielsweise Panzerbau) zum europäischen Kompetenzzentrum aufzusteigen.

Hinzu kommt, dass die unterschiedliche Struktur der Verteidigungsmärkte in den USA und Europa transatlantische Kooperationsprojekte erschwert. Die Rüstungsbeschaffung und die zu ihr gehörende Frage nach dem europäischen Rüstungsmarkt liegt bis heute im alleinigen Zuständigkeitsbereich der einzelnen europäischen Staaten. Trotz gewisser Vereinheitlichungsansätze in jüngster Zeit wie der Gründung einer gemeinsamen European Defence Agency (EDA) im Jahr 2004 ist ein einheitlicher EU-Rüstungsmarkt auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Zutreffend hält der Verfasser fest: „Ein grundsätzlicher Positionswechsel zur Bejahung einer Integration des europäischen Rüstungsprozesses und -marktes ist solange nicht absehbar, wie die Staaten Europas eine nationale wehrtechnische Industrie als essenziell erachten und diese als führendes Element in künftige Europäisierungsprozesse einbringen wollen.“ Anders die Situation in den USA, hier präsentiert sich der amerikanische Markt einheitlich und abgeschlossen. Er ist nach wie vor durch eine Vielzahl an gesetzlichen Regelungen und administrativen Vorkeh-

rungen, die sich mit der generellen Zulassung zu Beschäftigungsprojekten und mit ausländischen Direktinvestitionen beschäftigen, vor Konkurrenz durch ausländische Rüstungsfirmen geschützt.

Fazit und Ausblick

Was die Position der deutschen Wehrindustrie und die transatlantische rüstungstechnologische Zusammenarbeit betrifft, zieht der Verfasser für die Jahre 1990 bis 2005 ein ernüchterndes Fazit:

„Beide Partner ermangeln heute zentrale, aber unterschiedliche Voraussetzungen für Rüstungskoope-
ration: Die USA dokumentieren im Gegen-
satz zur Vergangenheit kein prinzipielles rüs-
tungspolitisches Interesse mehr, sich aus einer
Position des Stärkeren heraus konstruktiv einzu-
bringen. Deutschland wiederum ist seit 15 Jahren
politisch nicht bereit, die entsprechenden Res-
ourcen zu investieren, die seine Streitkräfte zur
Modernisierung eigentlich benötigten (...) Mit ei-
ner Ausnahme (MEADS) Mitte der 1990er Jahre
trocknete die regierungsseitige Rüstungskoope-
ration regelrecht aus. Hierbei kam die Seismogra-
phenrolle der Rüstungszusammenarbeit pars pro
toto für die Sicherheitspolitik deutlich zum Aus-
druck“.¹¹

Die Wiederbelebung transatlantischer Koopera-
tion hat nach Auffassung von Grams nur dann
eine Perspektive, wenn deutsche Unternehmen
mit ihren immer noch in bestimmten Sparten
herausragenden technologischen Fähigkeiten
die Stellung von europäischen Kompetenzzent-
ren erhalten. Dafür jedoch „müssen Export-,
Technologie- und Forschungsförderung mit ei-
nem bewussten politischen Lobbyismus auf eu-
ropäischer Ebene verbunden werden“, fordert
der Verfasser. Doch selbst wenn in diesem Sinne
fortan eine aktivere deutsche Industriepolitik im
wehrtechnischen Sektor verfolgt würde: der ge-
genseitige Marktzugang (Reziprozität) bleibt in
der transatlantischen Rüstungskoope-
ration ein ungeklärtes und risikobehaftetes Problem.
Mit welchen Barrieren europäisch geführte Konsor-
tien wie beispielsweise EADS kämpfen müssen,
wenn sie sich um Aufträge der US-Streitkräfte
bewerben, zeigen die aktuellen Auseinandersetz-
ungen um die Beschaffung von Tankflugzeugen
für die amerikanische Luftwaffe.

¹⁰ Grams, Rüstungskoope-
ration, S. 219.

¹¹ Grams, Rüstungskoope-
ration, S. 276, 283; MEADS=Medium Ex-
tended Air Defense System.

Insgesamt liefert Grams eine gründliche Untersuchung zu einer für die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen bedeutenden Thematik, die bislang wissenschaftlich im deutschsprachigen Raum nur punktuell aufgearbeitet wurde. Die militärischen Strukturreformen, Haushaltsentwicklungen und industriellen Veränderungsprozesse im wehrtechnischen Sektor der USA wie der europäischen NATO-Verbündeten Deutschland, Frankreich und Großbritannien seit 1990 werden sorgfältig analysiert. Insofern ist der Titel der Studie „Transatlantische Rüstungskooperation“ zu eng angesetzt. Ermüdend wirkt sich leider der sterile Sprachstil aus, der den Zugang zu dieser komplexen Materie nicht gerade erleichtert. Ein lebendigere Darstellung wäre wünschenswert gewesen, damit die Ergebnisse der Arbeit nicht nur von kleinen Expertenzirkeln wahrgenommen werden.

* * *

Dr. Andreas Schwegel; Jg. 1973; zahlreiche Beiträge zu sicherheitspolitischen Themen – aktuell: A. Schwegel/S. A. Boes, Globale Ordnungsmacht EU? Stand und Perspektiven einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), in: F. Magerl u. a. (Hrsg.), Vereinigte Staaten von Europa. Vision für einen Kontinent, Berlin/München 2007, S. 259 ff.; A. Schwegel, Die unterschätzte Gefahr – Eine aktuelle Bestandsaufnahme zur Verbreitung von Raketen und Marschflugkörpern, Forum Sicherheitspolitik Nr. 8/2005, <http://www.ju-sicherheitsforum.de/meinungsartikel/forum-sipo-beitrag-2005-08-schwegel.pdf>.

Die vorliegende Rezension bezieht sich auf:

Christoph Grams, Transatlantische Rüstungskooperation. Bedingungsfaktoren und Strukturen im Wandel (1990-2005), DGAP-Schriftenreihe zur Internationalen Politik, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007, ISBN 978-3-8329-2556-7.